

POLITISCHE GEWALT

Hinter dem Antifa-Angriff auf die AfD steckt eine neue „Kampagne“

Veröffentlicht am 23.02.2021 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Marcel Leubecher**
Politikredakteur



Quelle: pa/Jan Woitas/dp

Der gewalttätige Antifa-Angriff auf AfD-Wahlkämpfer in Baden-Württemberg könnte nur der Anfang sein: Laut Landesinnenministerium zielt eine neue Kampagne auf die Landtags- und Bundestagswahlen ab. „Unterschiedlichste“ Aktionen seien für ganz 2021 angekündigt.

Für das schwäbische Schorndorf bedeutet der Antifa-Angriff auf einen AfD-Wahlstand vom Wochenende ein neues Ausmaß der Aggression gegen Politiker. „Dass Extremisten schnurstracks auf einen Wahlstand zulaufen und ganz gezielt angreifen, haben wir im Kreis noch nicht erlebt“, sagte ein Sprecher der zuständigen Polizeidirektion Aalen WELT.

Zwar habe man schon häufiger „Umzingelungen“ gehabt, bei denen Linksextreme die Stände auf öffentlichen Plätzen von den „Passanten abtrennen“ – allerdings sei es dabei bisher nicht zu erheblicher Gewalt

gekommen. Zu der Tat vom Samstag habe inzwischen der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen.

Dem Polizeisprecher zufolge bestätigten bisher alle befragten Zeugen die Angaben der Geschädigten: Um kurz vor zehn Uhr am Vormittag kamen etwa 15 bis 20 Personen auf den AfD-Stand am Marktplatz zu und griffen diesen sowie die dortigen Parteimitglieder unvermittelt an. Die Gruppe ist laut Polizei „aufgrund der mitgeführten Fahnen und Spruchbänder der Antifa-Szene zuzuordnen“.

LESEN SIE AUCH



+ UMFELD DER LINKSPARTEI

„Offen extremistische Strukturen“

Der 36-jährige AfD-Lokalpolitiker Stephan Schwarz wurde zu Boden gerissen und geschlagen. Als der „Geschädigte, auf dem Boden liegend, versucht haben soll, mit seinem Smartphone den Notruf zu wählen, soll ihm dieses, durch einen bislang Unbekannten, aus den Händen gerissen und entwendet worden“ sein.

Nach der Tat wurden fünf Verdächtige im Alter zwischen 18 und 25 Jahren festgenommen, die inzwischen wieder auf freiem Fuß sind. Laut AfD-Kreisverband ist Schwarz mittlerweile aus dem Krankenhaus entlassen worden, ein fast 80 Jahre alter Wahlkampfhelfer sowie der Bundestagsabgeordnete Jürgen Braun seien unverletzt geblieben.

Braun sagte WELT: „Die Gruppe ging sehr organisiert und arbeitsteilig vor, jeder hatte seine Aufgabe. Sie kamen schreiend aus der nächsten Straßenecke, dann hat es nur vier, fünf Sekunden gedauert, bis sie direkt angegriffen haben.“ Einige hätten den Stand umgeworfen, andere „mit den Stangen der Antifa-Fahnen zugeschlagen“, wieder andere hätten das Geschehen mit Transparenten abzuschirmen versucht.

LESEN SIE AUCH



+ RANDALE IN LEIPZIG-CONNEWITZ

Die Verleumdungen zwischen Linkspartei und der rechten Reutlingen ebenfalls einen AfD-Stand angegriffen. „Unsere Reutlinger Kollegen hatten erst kürzlich einen Antifa-Angriff auf einen Wahlstand erlebt und waren deswegen mit zehn Leuten vor Ort. In Schorndorf waren wir nur zu dritt“, so Braun.

Das Motto: „Den rechten Wahlkampf sabotieren!“

Laut einem Bekennerschreiben, das auf mehreren linksextremen Internetplattformen veröffentlicht wurde, steht hinter dem Angriff in Schorndorf eine neue Antifa-Offensive für das Wahljahr. Der AfD-Stand sei „im Rahmen der Kampagne ‚Antifascist Action – Gegen rechte Krisenlösungen‘ besucht“ worden. „Ein Jahr nach dem rechtsterroristischen Attentat in Hanau wurde klargemacht, dass rechte Hetze nicht geduldet und mit unserem Protest konfrontiert wird“, heißt es dort.

LESEN SIE AUCH



+ HANAU

Der Albtraum, ein Jahr danach

LESEN SIE AUCH



+ EIN JAHR NACH HANAU

Die Namen der Toten

Weil es nicht hinnehmbar sei, dass „die AfD ihre Lügen und Hetze verbreitet“, sei „die Kampagne ‚Antifascist Action – Gegen rechte Krisenlösungen‘ an den Start“ gegangen. Die Devise laute: „Den rechten Wahlkampf sabotieren!“ In Schorndorf habe man klargemacht, dass „Rassist sein immer noch Probleme kriegen bedeutet“.

Wie das baden-württembergische Innenministerium WELT mitteilte, wurde „die Kampagne ‚Antifascist Action – gegen rechte Krisenlösungen‘ Anfang Februar 2021 durch die linksextremistische Szene in Baden-Württemberg initiiert“. Sie ziele „auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und

Rheinland-Pfalz im Frühjahr sowie die Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres ab“. Es seien „unterschiedlichste ‚antifaschistische Aktionen‘ über das gesamte Jahr 2021 hinweg angekündigt“.

Auf der eigens für die Antifa-Offensive geschalteten Homepage wird über die aus Sicht der Linksextremisten erfolgreichen „Aktionen“ informiert. Neben der Attacke in Schorndorf wird freudig verkündet, dass „auch in Reutlingen der Samstag genutzt wurde, um sich antifaschistisch zu betätigen. Antifas aus Reutlingen und Tübingen versammelten sich am Morgen auf dem Marktplatz und schirmten dort einen AfD-Infostand ab.“

Und auch in Frankfurt am Main sei am Wochenende das „Offene Antifa Treffen“ mit „200 Menschen gegen das Antreten der Mühlheimer AfD bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung“ aktiv gewesen. Die Frankfurter Gruppe ist eine der bundesweit mindestens 47 Antifa-Gruppen, die vom Verfassungsschutz als „linksextremistisch“ eingestuft werden.

LESEN SIE AUCH



+ LINKSEXTREMISMUS

Mindestens 47 Antifa-Gruppen im Visier der Verfassungsschützer

Auf der Kampagnen-Homepage heißt es weiter: „Kein AfD-Stand und keine ihrer Veranstaltung“ dürften ungestört bleiben. „Die AfD muss konsequent unserer Straßen verwiesen werden.“ Weil die „bürgerliche Mitte es der AfD“ erlaube, „sich in Parlamenten breitzumachen, liegt es an uns, sie auf der Straße zu bekämpfen“.

AfD häufiger von Angriffen betroffen als andere Parteien

Zuletzt war ein deutlicher Anstieg der Angriffe auf Politiker festzustellen. Laut Zahlen des Bundeskriminalamts, über die WELT kürzlich berichtet hatte, wurden 2020 insgesamt 2629 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger gezählt. Im Jahr zuvor waren es 1674 gewesen.

Öfter als alle anderen Parteien war die AfD betroffen. Gegen ihre Amts- und Mandatsträger wurden im vergangenen Jahr 863 Delikte gezählt, das sind mehr als 40 Prozent aller registrierten Fälle. Mit weitem Abstand, nämlich 308 Delikten, folgen Politiker der Unionsparteien. Gegen Politiker der SPD wurden 293 Delikte registriert, gegen solche der Grünen 252 und gegen Linke-Politiker 192.

LESEN SIE AUCH



+ BUNDESTAGSWAHL

Die große Lücke an der AfD-Spitze

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Gewaltdelikten. Von 52 registrierten Gewalttaten gegen Politiker der Parteien, die im Bundestag vertreten sind, betrafen 37 Amts- und Mandatsträger der AfD, gefolgt von Politikern der Union und der SPD mit jeweils vier Fällen.

SPD-Stadtrat Marcel Kühnert, der am Infostand seiner Partei den Angriff in Schorndorf beobachtete und den am Boden Liegenden zu Hilfe geeilt war, schilderte gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“, der Angriff schockiere ihn zutiefst. Traurig finde er, dass ihm von Bürgern seiner Stadt eine Nähe zu der Antifa-Gruppe unterstellt wurde: „Das stimmt nicht mal ansatzweise“, sagt der SPD-Politiker, der beklagt, dass sich die Extreme gegenseitig aufschaukelten.

So sei der Spruch „Wir werden sie jagen“, den der AfD-Spitzenpolitiker Alexander Gauland vor einigen Jahren formulierte, in Schorndorf als Parole der Antifa zu hören gewesen. Die Vorwürfe der Nähe zu Extremisten bezogen sich unter anderem auf öffentliche Solidarisierungen der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken mit der Antifa.

Dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf, will man in Schorndorf noch einmal betonen: „Wir bereiten gerade eine gemeinsame Resolution vor, die wir am Donnerstag im Gemeinderat verabschieden möchten“, teilte Oberbürgermeister Matthias Klopfer (SPD) mit.